

**Wolfgang Kleinwächter: Weltproblem Information. Massenmedien und Kommunikationstechnologien in den internationalen Beziehungen der Gegenwart.-** Berlin (DDR): Dietz, 291 S., Inlandspreis: 8,80 M, Auslandspreis: DM 12,00

"Eine Reihe von bürgerlichen Theoretikern und Praktikern (...) verneint grundsätzlich die völkerrechtliche Regulierbarkeit der Prozesse internationaler Information und Kommunikation", schreibt Wolfgang Kleinwächter auf S. 53. Der Rezensent - gestehen wir es vorweg - ist ein bürgerlicher Wissenschaftler. Zwar hält er die Regulierbarkeit der internationalen Information und Kommunikation keinesweg für unmöglich, doch ist er überzeugt davon, daß für diese Steuerung wirtschaftliche Faktoren (wie etwa die Besitzverhältnisse) bedeutsamer sind als völkerrechtliche Vereinbarungen und zwischenstaatliche Absprachen. Der Autor hingegen richtet seinen Blick bevorzugt auf das völkerrechtliche Instrumentarium. Dabei soll sichtbar werden: "daß erstens eine Reihe von Rechtsgrundsätzen für die internationale Information und Kommunikation bislang nur sehr allgemein ausformuliert sind; zweitens nicht alle Teilbereiche der internationalen Information und Kommunikation bereits gleichermaßen berücksichtigt sind; drittens durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt neue Probleme entstehen, die einer völkerrechtlichen Regelung bedürfen." (S. 76)

Der Leser früherer Aufsätze und Bücher von Kleinwächter wird in dieser neuen Publikation viele vertraute Elemente finden: den Rückblick auf informationstechnische Entwicklungen seit der Erfindung des beweglichen Letterndrucks durch Gutenberg, die summarische Darstellung internationaler Vereinbarungen über den grenzüberschreitenden Informationsfluß in der UNO, der UNESCO und dem Internationalen Fernmeldeverein sowie die gründliche Aufarbeitung der Bemühungen um eine neue Weltinformations- und Kommunikationsordnung. Der umfangreiche Anhang enthält die wichtigsten Dokumente dieses Prozesses auszugswise in deutschen Übersetzungen. Aber auch auf veränderte Aussagen wird der Leser aufmerksam. Das "neue außenpolitische Denken" prägt in der DDR nicht nur die Militär- und die Sicherheitspolitik. Es hat sich für die Analyse der internationalen Informationsbeziehungen ebenfalls durchgesetzt. Das Konzept einer "Koalition der Vernunft" zwischen Vertretern verschiedener Gesellschaftsordnungen löste die Konfrontationsrhetorik aus der ersten Hälfte der achtziger Jahre ab. Ein grundsätzlicher Dissens zwischen sozialistischen und bürgerlichen Theoretikern bleibt freilich bestehen: Nicht die Individuen oder die Medienorganisationen, sondern die Staaten gelten dem Autor als die Subjekte der internationalen Kommunikation. Folgerichtig beurteilt er die neuen Technologien danach, welche Möglichkeiten sie "zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker" (S. 45) bieten.

Das "Weltproblem Information" besteht nicht nur aus dem ungleichen internationalen Austausch von Agenturnachrichten, Hörfunksendungen und Fernsehserien. Es meint darüber hinaus die zunehmende Kommerzialisierung und Privatisierung des Transfers wissenschaftlicher und ökonomischer Information über Datenbanken. Den daraus resultierenden Schwierigkeiten widmet die ostdeutsche Forschung ihre verstärkte

Aufmerksamkeit. Die aktuellen Veränderungen der osteuropäischen Massenmedien lassen allerdings manche Details des im Juni 1988 abgeschlossenen Manuskripts als überholt erscheinen. Zwar berichtet Kleinwächter über die unterschiedlichen Interessen, die sich in der medienpolitischen Diskussion Westeuropas artikulieren. Doch stellt er dieser Auseinandersetzung die hochgradige Übereinstimmung der sozialistischen Staaten in der internationalen Kommunikationspolitik gegenüber. Bei Redaktionsschluß war die rasante Differenzierung der medienpolitischen Strategien innerhalb des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) noch nicht absehbar. Die amerikanischen Hörfunksender Radio Free Europe und Radio Liberty betrachtet der Verfasser als Belastungen für das internationale Klima. Im Juli 1989 stimmte Ungarn der Eröffnung zweier Korrespondentenbüros beider Sender in Budapest zu. Kleinwächter beklagt, im Kapitalismus sei der Informationsaustausch den Regeln der freien Marktwirtschaft unterworfen - im September 1989 kündigte die Warschauer Regierung an, die Zeitungsauflage werde sich künftig ausschließlich an der Nachfrage der Kunden orientieren. Und der Berliner Springer-Verlag gründete im Dezember 1988 ein Gemeinschaftsunternehmen mit dem Budapester Reform-Verlag sowie der Ungarischen Kreditbank.

Das "Problem Information" spielt sich momentan für die DDR nicht mehr nur an der Grenze zwischen Sozialismus und Kapitalismus ab. Auch von den divergierenden politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen innerhalb ihres Bündnissystems wird sich die Informationspolitik des ostdeutschen Staates und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands nicht langfristig abschotten können. Diese aktuelle Perspektive sollte Wolfgang Kleinwächter in seinem nächsten Buch nachreichen. Doch womöglich bleibt dieser Wunsch des bürgerlichen Rezensenten unerfüllt.

Rolf Geserick